



Aufnahmelager in Florida: „Offene Herzen“

Längst wird Miami „Klein-Havanna“ genannt. Das Stadtgebiet hat heute achtmal mehr Einwohner als 1960, 55 Prozent von ihnen stammen aus Lateinamerika, überwiegend Kuba. Kubaner machten die Stadt zum Tor nach Lateinamerika: 57 Fluglinien landen in Miami, die Adressen von Exportfirmen, die überwiegend Kubanern gehören, füllen im lokalen Branchen-Telephonbuch 88 Seiten.

„Die Anpassung dieser Menschen ist sehr reibungslos verlaufen“, urteilt der in Miami lebende Soziologe Juan Clark über die Kubaner. Nur sieben Prozent der Latino-Haushaltsvorstände in Südflorida glauben, daß sie oder ihre Angehörigen je wegen ihrer Herkunft diskriminiert wurden.

Diskriminiert fühlen sich eher schon die englischsprechenden Einwohner. Sie beschwerten sich, daß sie Aspirin nur noch in „farmacias“ bekommen, daß ihre Kinder Schulen besuchen, in denen Englisch und Spanisch gleichberechtigt gelehrt werden.

Bürgergruppen in Miami demonstrierten schon gegen die neue Kubaner-Schwemme: „Hier ist Amerika, hier wird Englisch gesprochen.“ Ihre Sorge: Zweisprachigkeit habe in Kanada den Separatismus gefördert, in Florida drohe die gleiche Gefahr.

Seit die Flotte immer neue Kubaner brachte, potenzierten sich solche Ängste. Vier von fünf unter Südfloridas Anglo-Weißen und ebenso viele Schwarze, ergab eine Umfrage des „Miami Herald“, fürchten, daß der

Massenzustrom der Fremden negative Einflüsse haben werde: steigende Arbeitslosigkeit, höhere Haus- und Mietpreise, überfüllte Schulen, Kriminalität.

Zwei Untersuchungen unter den ersten 30 000 in den USA eingetroffenen Flüchtlingen ergaben, daß rund ein Viertel der Männer irgendwann im Gefängnis gesessen hat.

Ihre Vergelien reichen von Schwarzschlachten, unerlaubtem Entfernen von der Truppe und versuchter Landesflucht bis zu Raub und Mord, wobei die schweren Kriminellen aber nur einen Bruchteil der Vorbestraften bilden. Von den ersten 43 000 Ankömmlingen steckten die Amerikaner lediglich 685 sofort wieder in ein Gefängnis.

Dennoch erhalten Radio-Sender Anrufe: „Schickt doch die Flüchtlinge nach Alaska.“ Über Südflorida kreiste ein Flugzeug mit einem Spruchband, auf dem der Ku-Klux-Klan die Ausweisung der Kuba-Flüchtlinge forderte.

Floridas Regierung drängt Washington, die Bürde der Flüchtlingswelle auf das ganze Land zu verteilen. Aber Arkansas, Maryland, Pennsylvania und andere Bundesstaaten sträuben sich dagegen, Kubaner aufzunehmen. „Unsere Wirtschaft, unser politisches System“, argumentiert Senator Walter D. Huddleston aus Kentucky, „können die Belastung einfach nicht verkraften.“

So mußte Präsident Carter, der den Flüchtlingen zunächst eine „Politik der offenen Herzen und offenen Arme“ zugesichert hatte, die „illegale Bootsbrücke“ abbrechen.

Er drohte Kapitänen mit 1000 Dollar Strafe per an Land gebrachtem Flüchtling und ordnete die Beschlagnahme der Boote an. Kubaner, die auf ihre Verschiffung warten, vertröstete er: Die US-Regierung strebe ein Abkommen mit Castro über geregelte Ausreisen an. Washington wolle dafür Flugzeuge und Schiffe stellen.

Wenige glauben, daß eine solche Übereinkunft möglich ist, weiterhin fahren Boote illegal von Kuba nach Key West. Und dort zumindest werden sie von vielen immer noch herzlich begrüßt.

Jim Hampton etwa, Chefredakteur des „Miami Herald“, hält die kubani-

sche Invasion für einen Segen. Nur die Flüchtlinge hätten Südflorida von einem Rentnerparadies in ein wirtschaftlich wichtiges Gebiet verwandelt.

Eine Hubschrauber-Besatzung wollte die Flüchtlinge aufmuntern, als der Krabbenfischer „Crazy Horse“ mit 390 Kubanern an Bord hilflos mit Motorschaden zwischen Kuba und Florida trieb. Die Piloten schrieben auf eine Tafel „Willkommen in Amerika“ und hielten sie aus der Kanzel. Auf dem Boot brach daraufhin solcher Jubel aus, daß die „Crazy Horse“ fast kenterte.

Gefreiter Bernstein, vom 16-Stunden-Einsatz mit der Flüstertüte rotäugig und heiser, liebte seinen Job: „Das ist die beste Arbeit, die ich je verrichtet habe.“

UGANDA

Wilder, wilder Westen

Ließ Tansania-Präsident Nyerere in Kampala putschen, um seinem Freund Milton Obote die Rückkehr an die Macht zu ermöglichen?

Blutige Stammesfehden im Karamoja-Land, wöchentlich 50 Mordopfer in Kampala, 13 Diebe lebendig verbrannt: Gut ein Jahr nach dem Sturz des Horror-Präsidenten Idi Amin ist Uganda, das Winston Churchill einst die „Perle Afrikas“ genannt hat, noch immer Afrikas „wilder, wilder Westen“, wie „Time“ schrieb.

Am vorletzten Sonntag umzingelten Einheiten der tansanischen Armee, die sich seit der Zerschlagung des Amin-Regimes in Uganda als Ordnungsmacht versuchen, frühmorgens die Residenz des Staatspräsidenten Godfrey Binaisa. Gleichzeitig besetzten ugandische Soldaten in der Hauptstadt Kampala Post und Rundfunkstation.

In der Nacht zum Dienstag meldete Radio Kampala, eine „Militärkommission“ habe die Macht im Lande übernommen. Präsident Binaisa sei „wegen Unfähigkeit, Intrigantentums und Bestechlichkeit“ seines Amtes enthoben.

In den Tagen nach dem Umsturz fielen den Putschisten noch weitere Gründe für die Absetzung Binaisas ein: Er habe zu häufig und zu intensiv dem „Waragi“, dem einheimischen Bananenschnaps, zugesprochen, den schon Idi Amin gern aus Teetassen zu sich nahm. Außerdem habe er seinen Amtssitz, das „State House“ in Entebbe, in einen „Ramschladen für jedermann verwandelt“ und Schmiergelder für Einfuhrlicenzen kassiert.

Westliche Diplomaten und Geschäftsleute in Kampala wissen noch einen weiteren Grund — den vermutlich wichtigsten: Godfrey Binaisa hatte versucht, Uganda aus der Umklammerung



Putschist Ojok
Mit Hilfe der Hausmacht ...

durch die tansanischen Besatzer zu befreien, deren Truppen den Diktator Idi Amin verjagt hatten. Als Binaisa Anfang Mai auch noch nach Nairobi reiste, um in Gesprächen mit Kenias Staatschef Daniel arap Moi Anlehnung an den kapitalistischen Nachbarn zu suchen, ließ Tansanias sozialistischer Präsident, Julius Nyerere, seine Satrapen in Kampala putschen.

Um das drohende Unheil abzuwenden, versuchte Binaisa im letzten Moment einen Verzweigungscoup: Er entthob seinen schärfsten Widersacher, Generalstabschef Oyite Ojok, seines Postens und ernannte ihn zum Botschafter in Algier.

Doch der Versetzungsbescheid gab dem schleichenden Umsturz erst den rechten Schub. Ojok ist ein enger Vertrauter Milton Obotes, des seinerzeit von Amin gestürzten ersten Staatspräsidenten Ugandas, der sich nach neun Jahren im tansanischen Exil auf sein Comeback vorbereitet.

Vergeblich versuchten Arbeitsminister Paulo Muwanga und Armeeeoberbefehlshaber Tito Okello, beide ebenfalls alte Obote-Gefolgsleute, Binaisa zum Einlenken zu bewegen. Sie stießen in Entebbe auf verschlossene Türen. Binaisa schob nur einen Zettel unter der Tür hindurch, auf dem ein einziges Wort stand: „No!“

Binaisas Sturz zerstört die letzte Hoffnung auf Wiederherstellung halbwegs demokratischer Zustände in Uganda. Er war erst im Juni vorigen Jahres von Nyerere inthronisiert worden, nachdem der erste Amin-Nachfolger, Jusufu Lule, sich dem von Nyerere vorgeschriebenen sozialistischen Kurs widersetzt hatte und geschäftet wurde.

Wegen seiner Siegerallüren wurde Nyerere — den seine Landsleute

„Mwalimu“ (Lehrer) nennen — im Juli vorigen Jahres auf der afrikanischen Gipfelkonferenz in Monrovia (Liberia) heftig kritisiert. Dabei ist diese Pose gar nicht so neu. Seit Jahren mischt Tansania, selbst eines der ärmsten Länder der Erde, das zwei Drittel seiner öffentlichen Ausgaben aus Entwicklungshilfemitteln deckt, in fremden Krisen mit.

Auf den Seychellen stürzte eine von Tansaniern gedripte und geführte Putschtruppe vor drei Jahren den gewählten Präsidenten James Mancham. In Mosambik hilft ein tansanisches Expeditionskorps dem Frelimo-Chef Samora Machel im Kampf gegen die Opposition. Und in Tansanias Gefängnissen, so berichtet die Gefangenen-Hilfsorganisation „Amnesty International“,



Ojok-Freund Obote
... Anschluß an Tansania?

werden Hunderte von politischen Häftlingen festgehalten, ein gut Teil davon Dissidenten der marxistischen „Südwestafrikanischen Volksorganisation“ (Swapo).

Das alles freilich hat Nyereres Reputation als Sprecher der Dritten Welt nicht wesentlich beeinträchtigen können. „Er ist ein sehr cleverer Mann“, sagte Amin-Nachfolger Lule, „aber es ist verwunderlich, daß der Westen ihn noch nicht durchschaut hat.“

Wenn Nyerere-Protegé Obote zurückkehrt, wie er vorletzte Woche in Daressalam verkündete, dann droht ein neuer Bürgerkrieg in Uganda. Vor allem das am Nordufer des Viktoria-Sees siedelnde Staatsvolk der Buganda fürchtet, daß Obote mit Hilfe seiner Hausmacht vom Acholi- und vom Lango-Stamm den seit Kolonialtagen von

Nyerere erträumten Anschluß Ugandas an Tansania durchsetzen wird.

Daß Obote kommt, ist kaum noch zu bezweifeln. Amins ehemaliger „Command Post“ im Stadtteil Kololo ist für den neuen Hausherrn bereits gründlich renoviert worden. Und ein findiger Reporter entdeckte in einer Garage einen nagelneuen Mercedes mit dem amtlichen Kennzeichen „MAO“ — Abkürzung für „Milton Apollo Obote“.

GISCARD D'ESTAING

Verfaulte Gesellschaft

Unaufgeklärte Morde, Skandale, heimliche Indiskretionen bei öffentlich gewahrter Diskretion und eine Ämterpatronage sondergleichen — so sieht der „Giscard-Staat“ aus.

Ein Parlamentarier und ein ehemaliger Minister werden auf der Straße erschossen. Ein Regierungsmitglied ertränkt sich im Teich.

Der Staatschef wehrt sich mühevoll gegen die Behauptung, er habe sich von einem schwarzen Diktator Diamanten von hohem Wert schenken lassen. Der KP-Chef quält sich Dementis ab, daß er mit den Nazis kollaboriert habe.

Ein Gewerkschaftsboß prozessiert gegen die Anschuldigung eines Kommunisten, er habe während des Algerien-Krieges „Freiheitskämpfer gefoltert“ sowie „Algerien mit dem Flammenwerfer befriedet“.

Während die Welt nach Lösungen für die Ost-West-Krise, für Energiebedarf und Arbeitslosigkeit sucht, „sackt Frankreich von einer Affäre zur anderen immer tiefer in Morast“, klagte das Magazin „Le Point“ und fügte hinzu: „Unablässig, Skandal folgt auf Skandal.“

Die Gegner des Regimes sprechen von Zuständen, die einer Bananenrepublik würdig wären, von Intrigen und Nepotismus am Hof des allmächtigen Staatschefs Valéry Giscard d'Estaing, der sich so distanziert und abgeklärt gibt, als seien es nicht seine Leute, die in vermeintliche und wirkliche Affären verstrickt sind.

„Was für eine Mannschaft, was bloß für eine Mannschaft“, klagte „Le Monde“-Chef Jacques Fauvet. Schlimmer noch sah es Sozialist Laurent Fabius: Er stellte in der Nationalversammlung bündig fest: „Die Gesellschaft verfault.“

Die Opposition hat ihr Feuer auf einen Mann konzentriert, der lange Zeit großen Einfluß in der Umgebung Giscard's ausübte, den ehemaligen Innenminister Michel Poniatowski. Er soll sich, verlangen die Oppositionsparteien, aber auch die mitregierenden Gaullisten, vor der „Haute Cour de Justice“, einem aus zwölf Senatoren und zwölf Abgeordneten zusammengesetzten